

SP SCHWEIZ GESCHÄFTSBERICHT 2012 – 2013

Verabschiedet von der Geschäftsleitung am 16. April 2014
zuhanden Parteitag 28. Juni 2014 in Winterthur

Der Geschäftsbericht 2012 - 2013, verfasst in der jeweiligen Muttersprache des/der VerfasserIn,
ist aus Kostengründen nur elektronisch verfügbar und wird nicht mehr gedruckt und verschickt.
Er kann unter www.spschweiz.ch/parteitag heruntergeladen werden.

ja 

oui 

sì 

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	1
Präsidium, Geschäftsleitung, Delegiertenversammlungen & Parteitage	2
SP Fraktion der Bundesversammlung	5
Juso Schweiz.....	6
SP Frauen	8
SP 60+	10
Commission spécialisée de la politique sociale et de la santé.....	12
Fachkommission Verkehr und Fernmeldewesen	13
Fachkommission Umwelt, Raumplanung und Energie	14
Die Fachkommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur.....	15
Fachkommission Migration und Integration.....	16
Fachkommission Staat und Recht.....	17
Fachkommission sexuelle Orientierung und Identität	18
Fachkommission Wirtschaft und Finanzen	19
Fachkommission Landwirtschaft.....	20
Fachkommission für Aussenpolitik.....	21
Fachkommission für Frieden und Sicherheit.....	22
Bildung in den Jahren 2012 und 2013.....	23
Mitgliederstatistik.....	24

Präsidium, Geschäftsleitung, Delegiertenversammlungen & Parteitage

Präsidium:

Am Parteitag vom 8./9. September haben die Delegierten das Präsidium der SP Schweiz für eine zweijährige Amtszeit bestätigt, resp. neu gewählt. Die Zusammensetzung seit 2012 ist: Christian Levrat (Präsident), sowie die Vize-PräsidentInnen Andy Tschümperlin, Marina Carobbio, Jacqueline Fehr, David Roth, Barbara Gysi (neu) und Géraldine Savary (neu). Seit ihrem Funktionsantritt im November 2012 gehören zudem die beiden Generalsekretärinnen Leyla Gül und Flavia Wasserfallen dem Präsidium an. Das Präsidium traf sich im zweiwöchentlichen Rhythmus und führte drei zweitägige Retraiten durch. In seinen Sitzungen behandelte das Präsidium die laufenden politischen Geschäfte, basierend auf den Entscheidungen der Geschäftsleitung, der Delegiertenversammlung und des Parteitages. Permanente Aufgabe war die Begleitung der laufenden Abstimmungskampagnen sowie die Verabschiedung einzelner Vernehmlassungsantworten im Auftrag der Geschäftsleitung. Ausserdem befasste sich das Präsidium mit den Vorbereitungsarbeiten für die Wahlstrategie 2015 zuhanden der Geschäftsleitung.

Geschäftsleitung:

In der Berichtsperiode tagte die Geschäftsleitung an 14 ordentlichen Halbtagsitzungen sowie an zwei zusätzlichen Ganztagsitzungen. Die GL diskutierte und verabschiedete in dieser Zeit mehrere Dutzend Vernehmlassungsantworten für die SP Schweiz. Zudem verabschiedete sie verschiedene Positionspapiere und Resolutionen zuhanden von Delegiertenversammlungen und Parteitag. Insbesondere die Vorbereitung des Parteitags 2012 in Lugano mit der Verabschiedung des Migrationspapiers forderte seitens der GL-Mitglieder grosses Engagement, Zeit und Sitzungspräsenz. In die Berichtsperiode fielen auch die Arbeiten für die Lancierung und Durchführung des Mitwirkungsprozesses für ein neues Initiativprojekt der SP Schweiz.

Viel Zeit nahm auch die Vorbereitung der Vernehmlassungsantwort zur Altvorsorge 2020 in mehreren Stufen und in Koordination mit verschiedenen SP-Gremien in Anspruch. Ausgangspunkt und Leitfaden war das Zielpapier, welches den Delegierten an der DV vom 2. März 2013 in Solothurn zur Diskussion und Verabschiedung vorgelegt wurde. 2013 legte die Geschäftsleitung ausserdem die ersten Grundzüge für die Wahlstrategie 2015 fest, wie sie nachfolgend den Kantonalparteien zur Diskussion und Wertung vorgestellt wurden.

Als frei gewählte Geschäftsleitungsmitglieder wurden am Parteitag in Lugano Mario Carera, Lathan Suntharalingam und Vera Ziswiler gewählt.

Delegiertenversammlungen

Delegiertenversammlung vom 31. März 2012

Die erste Delegiertenversammlung im Jahr 2012 fand aus historischem Grund in La Chaux-de-Fonds statt: In der Uhrenmetropole feierte man in jenem Jahr das 100-jährige Jubiläum der linken Mehrheit. Nebst dem Aufruf und der Verabschiedung einer Resolution für einen starken Werkplatz Schweiz wurde über mehrere Resolutionen diskutiert und abgestimmt. Dazu gehört eine Resolution der GL SP Schweiz, welche Solidarität mit dem syrischen Volk fordert und eine Resolution der SP Jura zum Thema Krankenkassenprämie. Diese bestimmt, dass die SP Schweiz vom Bundesamt für Gesundheit fordern muss, künftig keine Prämienanpassungen im Jahr nach deren Publikation mehr zu genehmigen). Zudem wurden zwei Resolutionen über den Umgang mit Parteispenden eingereicht. Da dieses Thema an der einer DV Ende Jahr traktandiert werden sollte (siehe DV 1.12.12), wurde deren Verabschiedung verschoben.

Die Parolenfassung zu den Abstimmungen vom 17. Juni 2012 ergab folgende Ergebnisse: Nein zur Volksinitiative «Eigene vier Wände dank Bausparen», Nein zur Volksinitiative «Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk!)» sowie ein Nein zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) (Managed Care) ».

Delegiertenversammlung vom 23. Juni 2012

Die Delegiertenversammlung stand unter dem Motto „Ein anderes Europa ist möglich - Die sozialdemokratische Alternative“. Dabei wurde eine Wachstumsstrategie und Visionen für ein soziales Europa entworfen. Mit den Referaten von Catherine Trautmann, Vasco Pedrina und Peter Friedrich erlangten die Delegierten einen vertieften Einblick in die Thematik.

Zudem fand an dieser DV in Basel die Wahl der neuen Co-Generalsekretärinnen Leyla Gül und Flavia Wasserfallen statt. Mit einer Grussbotschaft zur Gründung der SP Appenzell Innerrhoden sowie der Diskussion zur Neuausrichtung der Gleichstellungspolitik innerhalb der SP Schweiz war die Traktandenliste mit spannenden Themen reich bestückt. Daneben wurden auch die Parolen für die Abstimmungen vom 23. Sept. 2012 gefasst. Dabei resultierte die JA-Parole zum Bundesbeschluss über die Jugendmusikförderung, die Nein-Parole zur Volksinitiative „Sicheres Wohnen im Alter“ und die Ja-Parole zur Volksinitiative „Schutz vor Passivrauchen“.

Delegiertenversammlung vom 1. Dezember 2012

An der Delegiertenversammlung in Thun standen gleich zwei umstrittene und schwierige Themen auf der Traktandenliste. Zum Umgang mit Parteispenden haben die Delegierten nach einer intensiven Diskussion beschlossen, keine Spenden von Grossbanken anzunehmen und weitere Spenden aus der Wirtschaft nur unter restriktiven Bedingungen und zweckgebunden für interne Bildung anzunehmen. Bei der Diskussion um die befristete Asylgesetzrevision hat eine Mehrheit der Delegierten beschlossen, das Referendum nicht mitzulancieren, weil die Einschätzung vorherrschte, dass dies für die Rechte und Situation der Asylsuchenden kontraproduktiv sein könnte und der Kampf und Fokus auf die ordentliche Asylgesetzesrevision gelegt werden soll.

Ausserdem wurde, mandatiert vom vorangehenden Parteitag in Lugano, die Statuenanpassung zur Aufnahme der SP 60+ vollzogen sowie ihr Reglement genehmigt. Zur eidgenössischen Abstimmung vom 3. März 2013 fassten die Delegierten dreimal die JA-Parole: Ja zur Abzockerinitiative, Ja zum neuen Raumplanungsgesetz und Ja zum Familienartikel.

Delegiertenversammlung vom 2. März 2013

Die Debatte zur Altersvorsorge 2020 und der Beschluss zur Unterstützung der AHVplus-Initiative standen im Zentrum der Delegiertenversammlung in Solothurn. Mit einem breit diskutierten und verabschiedeten Grundsatzpapier zur Altersvorsorge konnte die SP frühzeitig in die Debatte einsteigen und aufzeigen, welche Ziele die SP bei der Reform der Altersvorsorge verfolgt, damit sie ein Gewinn für alle wird.

Die Delegierten haben ausserdem das Budget 2013 verabschiedet sowie die Parolen für die eidgenössische Abstimmung vom 9. Juni gefasst: Nein zur Volkswahl des Bundesrates, Nein zur Asylgesetz-Revision und Ja zum Epidemiegesetz.

Delegiertenversammlung vom 29. Juni 2013

An der Delegiertenversammlung in Fribourg wurden die Delegierten von Prof. Ulrich Thielemann aus Deutschland mit einem interessanten Referat auf die Verteilungsfrage eingestimmt, indem er die Verteilungsfrage als Fairnessfrage erörterte. Darauf hin verabschiedeten die Delegierten eine Resolution für mehr soziale Gerechtigkeit und lancierten mit einer deutlichen JA-Parole zur 1:12-Initiative die Abstimmungskampagne im Hinblick auf den November 2013. Ausserdem sagten die Delegierten JA zur Abschaffung der Wehrpflicht sowie Nein zum 24h-Arbeitstag, beides Vorlagen für die Abstimmung vom 22. September.

Ausserdem wurden den Delegierten sechs Initiativprojekte vorgestellt und somit ein breiter Mitwirkungsprozess gestartet, der zur Auswahl einer Initiative für die SP Schweiz führen soll.

Delegiertenversammlung vom 26. Oktober 2013

Die Delegiertenversammlung in Baden begann mit der Verabschiedung von Hans-Jürg Fehr, ehemaliger Parteipräsident und Nationalrat, aus der aktiven Politik. Im Zentrum der politischen Diskussion standen die Personenfreizügigkeit und die flankierenden Massnahmen FLAM+. Das Positionspapier der Geschäftsleitung "Früchte des Wachstums gerecht verteilen - Personenfreizügigkeit nur mit Verstärkung der flankierenden Massnahmen", wurde intensiv diskutiert und schlussendlich mit 156 zu 1 Stimme bei drei Enthaltungen angenommen. Für die eidgenössische Abstimmung vom 24. November fassten die Delegierten die NEIN-Parole zur Familieninitiative der SVP sowie die Stimmfreigabe bei der Vignettenerhöhung. Für die Abstimmung vom 9. Februar wurde die NEIN-Parole zur Initiative Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache gefasst sowie die Ja-Parole zu FABI (Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur).

SP Fraktion der Bundesversammlung

Soziale Gerechtigkeit, Kaufkraft und erneuerbare Energien

Mit diesen Überschriften haben wir die Ziele der SP-Fraktion anfangs dieser Legislatur betitelt. Die ausformulierten Legislaturziele, die in den Delegationen der Fraktion intensiv aufbereitet wurden, bilden die Richtschnur der parlamentarischen Tätigkeit. Obwohl damit die Agenda beeinflusst werden kann, bestimmen auch die Tagesaktualitäten und die Entwicklungen im In- und Ausland die politischen Debatten.

So diskutierte im Januar dieses Jahres die Fraktion in Morschach mit Blick aufs Rütli an der jährlichen Klausurtagung über Europa das Verhältnis der Schweiz zu unseren Nachbarn. Zu dieser Zeit stellten sich in der Europapolitik zwei Hauptfragen: Wie wird das Verhältnis Schweiz-EU institutionell geregelt? Und welche zusätzlichen und verbesserten flankierenden Massnahmen sind notwendig, damit die Früchte der Personenfreizügigkeit allen zu gute kommen? Nach dem Abstimmungsergebnis vom 9. Februar hat sich die Ausgangslage verändert – die Personenfreizügigkeit muss mit der EU neu verhandelt werden. Das wird eine grosse Herausforderung, zusammen mit unserer Parteibasis stellen wir uns dieser.

Manchmal braucht es Geduld, bis einem die Geschichte Recht gibt. Der Ministerrat der OECD in Paris hat den automatischen Informationsaustausch AIA zum internationalen Standard in Steuerfragen erklärt. Damit wird Realität, was die SP schon 1984 mit der Bankeninitiative vorgespurt und die SP-Fraktion konsequent daran gearbeitet hat, Steuerhinterzieher können sich nicht mehr hinter dem angeblichen „Bank-Geheimnis“ verstecken. Es wird nicht mehr möglich sein, im Ausland unrechtmässig hinterzogene Gelder in der Schweiz zu verstecken. Das Steuerhinterzieher-Geheimnis hat endgültig ausgedient.

Mit Hans-Jürg Fehr, Hilde Fässler und Josianne Aubert haben drei Persönlichkeiten die Fraktion verlassen. Sie haben in den letzten Jahren die oben beschriebene Arbeit der Sozialdemokratischen Partei in Bern geprägt. Herzlichen Dank für eure Arbeit für alle – statt für wenige.

Martina Munz aus dem Kanton Schaffhausen, Claudia Friedel aus St. Gallen und Rebecca Ruiz aus der Waadt sind unsere neuen Kräfte im Nationalrat. Somit setzen sich 23 Frauen und 23 Männer gleichberechtigt im grossen Rat für unsere Ziele ein. Die Fraktion setzt auf eine gute Zusammenarbeit mit unseren Mitarbeitenden des Zentralsekretariats im hektischen Betrieb in Bern. An dieser Stelle danke ich im Namen des Fraktionspräsidiums für die Arbeit, die Unterstützung und das gegenseitige Vertrauen.

Juso Schweiz

Jahres- und Delegiertenversammlungen

Wie immer begann das politische Jahr der JUSO mit der Jahresversammlung, welche am 16. und 17. März 2013 in Bern stattfand. Generell war diese JV der Auftakt für den 1:12-Abstimmungskampf, das wichtigste Projekt dieses Jahres. Daneben fanden natürlich die üblichen Wahlen statt, wobei Ursula Näf und Guilhem Kokot neu in die GL gewählt wurden.

Die erste Delegiertenversammlung des Jahres fand am 4. Mai in Zürich statt. Der Schwerpunkt bildete an dieser DV das Thema Bildung. Nach einer Podiumsdiskussion wurde das Bildungspapier behandelt, welches nach diversen Modifikationen mit deutlicher Mehrheit angenommen wurde. Daneben wurde das Vizepräsidium neu besetzt. Gewählt wurden Charlotte Gabriel und Ursula Näf.

Die zweite DV war am 22. Juni in Biel. Zentral war die Parolenfassung für die 1:12-Initiative, bei welcher die Delegierten einstimmig und ohne Enthaltungen die JA-Parole beschlossen haben! Anschliessend wurde das Sprachpapier behandelt, modifiziert und in eine zweite Lesung geschickt. Anschliessend fand die Ersatzwahl für einen GL-Sitz statt. Gewählt wurde Florian Vock.

Am 28. September fand in Zug die dritte DV des Jahres 2013 statt. Es wurde gefeiert, dass die Spekulationsstoppinitiative mit über 135'000 Unterschriften zustande gekommen war. Damit ist die JUSO mit Abstand die initiativfähigste Partei der Schweiz! Daneben stand diese DV im Zeichen des Beginns der heissen Phase des Abstimmungskampfes der 1:12-Initiative. Des Weiteren wählten die Delegierten aus den sechs Initiativprojekten der SP ihren Favoriten aus. Nach einer langen Debatte mit vielen Wortmeldungen wurde schlussendlich das Projekt „Für eine gerechte Unternehmensbesteuerung in der ganzen Schweiz“ auserkoren. Zuletzt wurden noch die Parolen für die kommenden Abstimmungen gefasst, bevor dann die Delegierten mit einem Apéro das Zustandekommen der Spekulationsstoppinitiative feierten und anschliessend zum Jubiläum der JUSO Baselland weiterreisten.

Die letzte DV des vergangenen Jahres fand am 14. Dezember in St. Gallen statt. An dieser DV fanden die Ersatzwahlen für das Zentralsekretariat und einen GL-Sitz statt. Als neuer Zentralsekretär wird Dario Schai gewählt, in die GL wird Hanna Bay gewählt.

1:12-Initiative

Das mit Abstand wichtigste Projekt des vergangenen Jahres war der Abstimmungskampf für unsere erste eigene Volksinitiative, die 1:12-Initiative. Obschon wir die Abstimmung letztendlich eine enttäuschende Niederlage gegen die Millionenkampagne der economiesuisse einstecken mussten, war dieses Projekt ein voller Erfolg! Wir konnten Millionen von Menschen mit unserer Botschaft für mehr soziale Gerechtigkeit erreichen und konnten eine Debatte lancieren über eine gerechtere Wirtschaft, welche die rechtskonservativen Politiker nicht so schnell wieder unter den Teppich kehren können. Niemals zuvor konnten wir so breit mobilisieren. Mit unzähligen Flyeraktionen, Standaktionen, Flashmobs, Provokationen und Diskussionen dominierten wir den Abstimmungsherbst und lehrten die Abzocker das Fürchten. Zum Beispiel als wir am nationalen Aktionstag alle in rot zusammen die Bahnhofstrasse hinab zum Paradeplatz marschierten, um dort aufzuzeigen, wie viele Medianlöhne zusammen den Salär von Sergio Ermotti ergeben. Oder als wir Schindler, der mit Abwanderung drohte, ein Flugticket nach Somalia ausstellten. Denn obwohl sich für unsere Initiative keine Mehrheit fand, war es doch schlussendlich ein breiter Konsens, dem sogar Bundesrat Schneider-Ammann beistimmen musste, dass es mit einer sich derart offensichtlich öffnenden Lohnschere und diesen exorbitanten Managersalären nicht weitergehen kann.

Was bleibt? Die JUSO hat sich während dem Projekt 1:12 zu einer ernstzunehmenden Kraft in der politischen Landschaft der Schweiz entwickelt. Auch innerhalb der SP wurde unsere Stimme

gestärkt, da wir ihr mit der 1:12-Initiative ein schlagkräftiges Instrument geliefert haben, um die Lohngerechtigkeitsdebatte neu aufzunehmen und auch diverse motivierte JUSOs sich vermehrt in den Gemeinden zu engagieren begannen. Auch rein zahlenmässig gehen wir aus dieser Abstimmung gestärkt hervor. Die 1:12-Initiative und unsere unzähligen Aktivitäten bescherte uns ein grosses Mitgliederwachstum. Und da es uns gelungen ist, gleichzeitig zum Abstimmungskampf in Rekordzeit eine neue Initiative zu sammeln, ist auch offensichtlich, dass wir unseren Zenit noch längst nicht erreicht haben. Wir werden uns weiterhin für mehr Gerechtigkeit und Solidarität einsetzen.

Spekulationsstoppinitiative

Wir haben es geschafft! Wir haben in Rekordzeit von nur elf Monaten mit über 135'000 Unterschriften schon unsere zweite Volksinitiative zustande gebracht! Das soll uns mal jemand nachmachen! Dank dem unermüdlichen Einsatz unserer Mitglieder auf der Strasse habe wird dieses wichtige Etappenziel beim Kampf gegen die Nahrungsmittelspekulation erreicht. Aber wir haben nicht nur eine Initiative gesammelt. Dank der Medienaufmerksamkeit haben wir bereits jetzt die Debatte um die Nahrungsmittelspekulation geprägt und vorangebracht. Bereits sind verschiedene Akteure aus diesem menschenverachtenden Geschäft ausgestiegen, so zum Beispiel vor kurzem die Suva. Diese bisherigen wichtigen Zwischenerfolge zeigen, dass wir mit dieser Initiative gerade den Nerv der Zeit getroffen haben. Die Bevölkerung sehnt sich nach einer Wirtschaft, welche nicht mehr nur gewinnorientiert sondern auch nach ethischen und ökologischen Grundsätzen handelt. Die Zeit, in der die Schweiz für Rohstoffhändler und Finanzinstitute eine der wichtigsten Handelsplätze für Nahrungsmittel war, muss vorbei sein. Dieses Anliegen demonstrierten wir auch mit unserer Aktion vor der Rohstoffbörse in Genf. Mit den Erfahrungen der 1:12-Initiative sind wir nun bestens gerüstet für den Abstimmungskampf unserer nächsten eigenen Initiative. Und diesmal werden wir gewinnen!

SP Frauen

Strukturen

Co-Präsidentin der SP Frauen Schweiz ist bis am 18. August 2012 Julia Gerber Rüegg, anschliessend übernimmt Yvonne Feri, Nationalrätin AG. Am 3. November 2012 wird an der Frauenkonferenz die Struktur des Präsidiums geändert: Yvonne Feri wird Präsidentin und Cesla Amarelle, Nationalrätin VD, Vizepräsidentin. Am 27. April 2013 werden Jacqueline Rohrer, TI und Lea Kusano, BE zusätzlich zum Präsidium in die Geschäftsleitung gewählt. Zentralsekretärin mit einem 40% Pensum ist Barbara Berger. Christina Klausener arbeitet als Projektleiterin Kampagnen und Kommunikation vom 1. September 2012 bis am 31. Dezember 2013 in einem 30% Pensum bei den SP Frauen. Die SP Frauen Schweiz haben per 31.12.2013 12'179 Mitglieder. 113 Frauen sind nur Mitglied bei den SP Frauen Schweiz.

Delegierte für die Delegiertenversammlung der SP Schweiz sind folgende Frauen:

Christiane Aeschmann (BE)
Verena Hofmänner (ZH)
Christina Klausener (BS)
Ursula Nakamura-Stöcklin (AG)
Pia Neuhaus (BE)
Barbara Stalder Ritschard (BE)
Anna-Rita Zambon (VD)
Barbara Zimmermann (BS)

Delegierte für die Koordinationskonferenz und die Delegiertenversammlung der SP Schweiz sind folgende Frauen:

Barbara Berger (als Zentralsekretärin)
Andrea Jerger (ZH)
Mariela Muri (VD)

Themen

2012 war das Thema **Migration** prägend, das auch mit einem Positionspapier am Parteitag im September in Lugano diskutiert wurde. Die SP Frauen widmeten bereits ihre erste Frauenkoordination vom 10. März der Thematik, beschäftigen sich mit dem Diskriminierungsschutz und dem Familiennachzug.

An der Konferenz am 18. August in Lausanne obsiegt die neue Präsidentin der SP Frauen Yvonne Feri gegen ihre Gegenkandidatin Barbara Stalder Ritschard, Präsidentin der SP Frauen Bern. Zudem wird die Gleichstellung in der Erwerbs- und Sorgearbeit bearbeitet, die später in die Position zur Altersvorsorge einfließt.

Die Teilnahme an der Frauenkonferenz der Sozialistischen Internationalen in Kapstadt zeigt, dass die Reduktion der Armut und die sexuellen und reproduktiven Rechte der Millenniumsentwicklungsziele Themen für alle Länder sind. Das bestärkt uns in unserem Engagement für Lohngleichheit, ökonomische Gleichstellung und gegen die konservativen Tendenzen in der Einschränkung des Schwangerschaftsabbruchs.

Neben **Strukturfragen**, wie die **Gleichstellungspolitik** auch innerhalb der SP Schweiz und nicht nur innerhalb der SP Frauen nachhaltig bearbeitet werden soll, verabschieden die SP Frauen im

November ihre Position zur **Altersvorsorge und der Erhöhung des Frauenrentenalters**. Die ökonomische Gleichstellung muss zuerst erreicht werden, bevor jegliche Diskussion über die Erhöhung des Rentenalters opportun ist.

Die Frauenkonferenz beschliesst Strukturänderungen innerhalb der Organisation der SP Frauen. Darunter die Bildung einer Geschäftsleitung um alle Landesteile zu repräsentieren und Arbeitsgruppen, die allen Geschlechtern offenstehen sollen. Die DV der SP Schweiz stützt diesen Entscheid. Eine AG Gleichstellung, offen für alle Geschlechter wird gegründet.

Der Jahresanfang 2013 ist geprägt durch den Kampf um den Familienartikel. Dieser wird vom Volk angenommen, scheitert jedoch an den Ständen.

Neben der **Hommage an Iris von Roten** und der Wahl von Jacqueline Rohrer, TI und Lea Kusano, BE in die Geschäftsleitung, lancieren die SP Frauen Schweiz am 27. April 2013 vier Volksinitiativen zu Händen der SP Schweiz. Dabei wurde von den Sozialdemokratinnen der Beschluss gefasst, **vier Volksinitiativen unter dem Label „Ökonomische Gleichstellung“** zu lancieren: Die ökonomische Gleichstellung der Geschlechter mittels Lohngleichheit (1) und Förderung der Geschlechtergerechtigkeit in allen Berufen (2), die sozialversicherungsrechtliche Absicherung einer befristeten unbezahlten Care-Arbeit (3) und der Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung (4). Zudem informiert die Kommunikation über die durchgeführte Umfrage bei den Mitgliedern: Themenschwerpunkte sollen die ökonomische Gleichstellung sein, Männer sollen innerhalb der Organisation aufgenommen und die feministische Debatte neu lanciert werden. Zudem wurde die neue Website vor- und online gestellt.

Die Konferenz am 24. August 2013 in Neuenburg stand unter dem Wahlerfolg der Femmes socialistes neuchâteloises, die mit **Monika Maire-Hefti**, nach einem fulminanten Wahlkampf eine Regierungsrätin stellen konnten. Die Verknüpfung des Rentenalters mit der **Lohngleichheit** stand im Zentrum, wobei die SP Frauen ihre Position bekräftigten, dass zuerst die ökonomische Gleichstellung umgesetzt und dann über die **Rentenaltererhöhung** diskutiert werden könne.

Für das Jubiläum der SP Schweiz stellten wir Stofftaschen und eine Neuausgabe des roten Hefts her. Der Absatz war mässig, auch wenn das Fest ein Erfolg war.

Danach begann der intensive Abstimmungskampf gegen die **SVP-Familieninitiative**, den wir bravourös gewannen, um uns dann gleich in die nächste Ausmarchung zu stürzen, nämlich gegen die Initiative „**Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache**“. In beiden Abstimmungskämpfen hatte sich die Strategie der breiten überparteilichen und vor allem organisationsübergreifenden Mobilisierung enorm bewährt.

SP 60+

Die Vorgeschichte

Es handelt sich um den ersten Jahresbericht von SP60+. Es scheint somit richtig, hier kurz auch auf die Ereignisse vor 2013 einzugehen.

Seit vielen Jahren wurde an verschiedenen Orten in der SP diskutiert, wie man die ältere Generation, die heute mehr als früher zum Glück noch voll Energie ist, sich aber trotzdem aus der Arbeitswelt und aus vielen anderen sozialen Kreisen zurück gezogen hat, wieder zur politischen, kulturellen und sozialen Teilnahme bringen kann. Wir wissen um die Aktivität von vielen lokalen, kantonalen und nationalen Seniorenräte und Gruppen mit den Namen »Altern in ...«, »Troisième âge«, »Terza età« und »60+«.

Auch die SP Schweiz hat, nach langer Vorarbeit von vielen GenossInnen, das Thema angepackt. Eine Kerngruppe hatte seit 2010 ein Konzept für SP60+ erarbeitet. An der DV in Luzern am 3. Dezember 2011 wurde es von Marianne de Mestral vorgestellt und stillschweigend angenommen.

Am Parteikongress in Lugano am 9. September 2012 waren ein Antrag für die Statutenanpassung und ein Reglement für SP60+ bereit, die leider aus Zeitmangel nicht behandelt werden konnten und an die nächste DV delegierten wurden. Die fand in Thun am 1. Dezember 2012 statt und entschied, SP60+ als Organ der Partei in den Statuten zu definieren.

Der provisorische Vorstand, bestehend aus den 8 Mitgliedern der Kerngruppe und aus je zwei Vertretern der Kantone (10 waren vertreten) traf sich vier mal in 2012: es wurden die Statutenanpassung und das Reglement vorbereitet, das provisorische Co-Präsidium gewählt (Marianne de Mestral und Carlo Lepori), die Planung für 2013 (besonders der Gründungskonferenz) an die Hand genommen und die Themen diskutiert, die dann an den Anlässen und in den Arbeitsgruppen vertieft werden sollten. Im Oktober 2012 waren schon mehr als 700 Mitglieder angemeldet!

Der Vorstand

Der provisorische Vorstand traf sich einmal in Januar 2013, um die 1. Mitgliederkonferenz SP60+ vom 20. April 2013 zu organisieren und den 1. Auftritt an der DV vom 2. März in Solothurn vorzubereiten, wo gerade ein SP-Papier »Eine Altersvorsorge für alle statt für wenige!« diskutiert wurde.

Der an der Konferenz gewählte Vorstand traf sich noch im Mai, August und September: Es wurden unter anderem jeweils die anstehenden Delegiertenversammlungen der SP Schweiz vorbereitet, der Herbstanlass in Wil organisiert und Budget und Planung für 2014 diskutiert. Das tausendste Mitglied wurde im Sommer aufgenommen. Ende 2013 waren wir schon mehr als 1100.

Die 1. Mitgliederkonferenz

Am 20. April fand die 1. Mitgliederkonferenz von SP60+ in Bern statt. Von den 980 Mitglieder, waren 168 dabei, dazu 20 Gäste. Der Präsident der SP Schweiz, Christian Levrat, hielt die erste Rede: Er bezeichnete die Gründung der SP60+ als wichtigen Anlass für die gesamte Partei, denn auch die SP betrachte diesen Vorgang als Meilenstein in der politischen Entwicklung. Er schloss, indem er die Anwesenden Personen weiter ermutigte, sich in der SP60+ und bei der SP Schweiz zu beteiligen, weil diese das Engagement und die Unterstützung brauche. Bei den Wahlen wurde das Co-Präsidium (Marianne de Mestral und Carlo Lepori) bestätigt. Es wurden auch die Delegierten an die Delegiertenversammlung der SP Schweiz und an die Koordinationskonferenz der SP Schweiz sowie 8 freigewählte Mitglieder des Vorstandes gewählt. Doris Bianchi,

Geschäftsführende Sekretärin SGB, stellte die Initiative »AHVplus« vor, die die Konferenz einstimmig unterstützte. Beat Bühlmann, Projektleiter »Altern in Luzern« und früherer Inlandredaktor beim Tages-Anzeiger, hielt das Referat »Politik hört nicht mit 60 auf«. Es folgte eine Diskussion über die thematischen Schwerpunkten, die dann zur Bildung von Arbeitsgruppen durch den Vorstand geführt hat. Mit der Einladung, zahlreich am Jubiläumsfest zum 125-jährigen Bestehen der SP Schweiz am 7. September 2013 in Bern teilzunehmen, schloss dieser erfolgreiche Tag.

Der Herbstanlass in Wil

Am 19. Oktober 2013 in Wil (SG) fand unsere Tagung »Alt und Jung – engagiert und couragiert für eine soziale Schweiz statt«. Dies war auch der Titel vom Referat von Ueli Mäder, Professor für Soziologie an der Uni Basel, Autor der Studie »Wie Reiche denken und lenken«. Im Sinne einer guten Zusammenarbeit mit den Juso, haben Mattea Meyer und Marco Kistler für die 1:12-initiative unsere Unterstützung gefordert: »Wie sozial wird die Schweiz nach Annahme der Initiative 1:12?«. Barbara Gysi / SP Nationalrätin, Mitglied der Geschäftsleitung der SP Schweiz und Präsidentin des Gewerkschaftsbundes St. Gallen hat dann referiert über »Alt und Jung – Handlungsfelder für Gewerkschaften und Partei«. Am Ende wurde eine Resolution verabschiedet »Keine Sparpakete zu Lasten von Seniorinnen und Senioren«.

Die Arbeitsgruppen

Es wurden drei Arbeitsgruppen gebildet, die dann im Laufe von 2013 ihre Arbeit aufgenommen haben:

- AG Sozialversicherungen und Sozialpolitik; sie hat die Antwort von SP60+ auf die Vernehmlassung über die »Reform der Altersvorsorge 2020« vorbereitet.
- AG Verkehr und Energie; sie ist dabei die Themen »Öffentlicher Raum« und »Öffentlicher Verkehr« zu vertiefen.
- AG Gesundheitspolitik; sie hat die Stellungnahme von SP60+ zur Demenzstrategie des Bundes vorbereitet.

Danksagung

Das Co-Präsidium ist allen Mitgliedern des Vorstandes für ihre Mithilfe sehr dankbar. Es möchte sich aber besonders für die entscheidende und ermunternde Unterstützung von Monika Bolliger bedanken. Wir möchten uns auch für die Arbeit der vorbereitenden Kerngruppe und die Unterstützung aller Parteigremien in der Vorbereitungs- und Entscheidungsphase bis Ende 2012 herzlich bedanken.

Marianne de Mestral Carlo Lepori

Marianne de Mestral
Co-Präsidentin SP60+

Carlo Lepori
Co-Präsident SP60+

Commission spécialisée de la politique sociale et de la santé

Chronologiquement durant la période 2012-2013, la commission s'est engagée à poursuivre le développement d'une stratégie de lutte contre la pauvreté, avec en ligne de mire l'instauration d'une loi-cadre sur l'aide sociale. A cet égard, elle a entendu le Pr. Wanner (université GE) sur la situation économique des ménages monoparentaux et des personnes vivant seules dans le canton de BE, Carlo Knöpfel (Caritas) sur le thème de la pauvreté des enfants, et Pascal Coullery (département Social BE) sur l'avancement des travaux et les recommandations de la CDAS en la matière. Par ailleurs, la commission, en quête d'une solution pour combler une lacune fondamentale de notre sécurité sociale s'est laissé présenter le rapport d'Anna Sax sur les indemnités journalières en cas de maladie. A l'été 2012, la commission a saisi l'opportunité d'inviter le Conseiller fédéral Alain Berset pour un tour d'horizon concernant la politique sociale et de la santé. Dans le but de se préparer à une réforme de la prévoyance vieillesse, elle a discuté les rapports de recherche de l'OFAS sur des mécanismes de pilotage dans l'AVS, la génération « baby-boom » et la mortalité différentielle en Suisse présentés par Jürg Brechbühl (OFAS). La politique des dépendances a également retenu l'attention de la commission. Jean-Felix Savary (Grea), Olivier Guénat (police cantonale JU) et Toni Berthel (CFLD) sont ainsi intervenus sur le thème des alternatives à la prohibition des drogues. Pour faire le point sur ce qui existe en matière d'entreprises sociales en Suisse, Bernadette Wüthrich et Stefan Adam (FHNW) ont thématisé leurs effets, Jean-Charles Rey (CRIEC, HES-SO Valais) a tiré le bilan de la Commission Romande de l'Insertion par l'Economie, tandis que Christoph Schlatter (VPOD) est intervenu sur les conditions de travail au sein de telles entreprises. La question du prix des médicaments a également fait l'objet de l'attention de la commission. Marcel Mesnil (Pharmasuisse) a exposé de quoi est fait ce prix et Stefan Meierhans (surveillant des prix) a présenté le modèle relatif à l'introduction du système du prix de référence. A la dernière séance de la période observée, la commission a discuté d'un projet politique primordial pour le parti, à savoir la réforme de la prévoyance vieillesse 2020. Doris Bianchi (USS) et Matthias Kuert Killer (Travailsuisse) ont présenté leur position et leurs revendications, et Jürg Brechbühl (OFAS) a pris part la discussion approfondie qui a eu lieu ensuite.

Co-présidence : Stéphane Rossini, Silvia Schenker

Fachkommission Verkehr und Fernmeldewesen

Die Fachkommission hat sich im Berichtszeitraum an 8 Sitzungen mit folgenden Themen befasst:

- Am **5. März 2012** stand die damals in Vernehmlassung befindliche Vorlage „**Finanzierung und langfristiger Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI)**“ im Zentrum. Nach Inputs von Ueli Stückelberger, VöV und Bernhard Meier, SBB, hat sich die Kommission mit inhaltlichen und strategischen Fragen zur langfristigen Finanzierung der Bahninfrastruktur befasst.
- An der Sitzung vom **4. Juni 2012** fand eine Diskussion mit dem Titel „**SBB Cargo: Umbau, Abbau oder Kahlschlag**“ statt. Es waren Referate zu hören von: Ruedi Büchi und Christoph Rytz, SBB Cargo; Frank Furrer, VAP sowie Giorgio Tuti, SEV. Die Kommission hat sich u.a. mit der Frage befasst, wie der Forderung „Für Güter die Bahn“ stärker Nachachtung verschafft werden kann.
- Am **17. September 2012** hat sich die Kommission mit dem **Gotthardstrassentunnel** befasst, nachdem der Bundesrat den Bau einer zweiten Röhre als „nachhaltige Lösung“ präsentiert hat. Die Kommission bekräftigte, dass eine zweite Röhre schädlich für Alpen und Umwelt und verkehrspolitisch falsch ist. Als Fachleute anwesend waren Ueli Stückelberger, VöV; Alf Arnold, Alpeninitiative und Rudolf Dieterle, Astra.
- Am **3. Dezember 2012** ging es um den „**Fluglärmstreit**“. Diskutiert wurde basierend auf der Stellungnahme der SP, dass diese zwar an einer Verhandlungslösung interessiert ist, dass eine solche aber nachhaltig sein muss. Der (mittlerweile auf Eis gelegte) Staatsvertrag wurde als ungenügend bewertet. Inputs kamen von: Thomas Hardegger, Vize-Präsident Flughafen Schutzverband; Peter Müller, BAZL und Marco Sacchetti, Dept. für Bau und Umwelt Kt. TG.
- Am **11. März 2013** diskutierte die Kommission über die **Digitalisierung**. Im Zentrum standen die Aspekte **Urheberrecht und Netzneutralität**. Aufgrund der rasanten technologischen Entwicklungen besteht Handlungsbedarf und die Kommission nahm eine Auslegeordnung vor. Als Fachleute anwesend waren Matthias Stürmer, „Parlamentarische Gruppe Digitale Nachhaltigkeit“ und Andreas Von Gunten, Verein „Digitale Allmend“.
- Am **10. Juni 2013** befand sich die **Strassenfinanzierung** im Fokus der Aufmerksamkeit. Damals standen verschiedene Aspekte zur Diskussion, u.a. das Referendum gegen die Erhöhung der Vignette und Forderungen nach einem Strassenfonds. Für Inputs eingeladen waren Karl Schwaar, EFD; Rudolf Dieterle, Astra und Caroline Beglinger Fedorova, VCS.
- Am **16. September 2013** befasste sich die Kommission erneut mit dem **Binnengüterverkehr**. Die Kommission diskutierte, wie die aus SP-Sicht unbefriedigende Vorlage zur „Totalrevision des Gütertransportgesetzes“ im Sinne einer Stärkung der Verlagerungspolitik weiterentwickelt werden könnte. Als Fachleute anwesend waren Philipp Hadorn, SEV; Thomas Mahrer, COOP und Philipp Wegmüller, Railcare.
- An der Sitzung vom **2. Dezember 2013** ging es um die Frage, wie der für den Zusammenhalt der Schweiz zentrale **Service public** gestärkt werden kann. Dabei war die so genannte „Pro Service public-Initiative“ ein Thema, die aus Sicht der SP gerade nicht zur Stärkung des Service public beitragen würde. Inputs lieferten Dore Heim, SGB; Alain Carrupt, Syndicom und Bernhard Meier, SBB.

Präsident (bis Juni 2012): Roger Nordmann

Präsidentin (ab September 2012): Edith Graf-Litscher

Politische Fachsekretärin: Chantal Gahlinger, chantal.gahlinger@spschweiz.ch

Fachkommission Umwelt, Raumplanung und Energie

Die Fachkommission hat sich im Berichtszeitraum an 7 Sitzungen mit folgenden Themen befasst:

- An der Sitzung vom **29. Februar 2012** hat sich die Fachkommission gemeinsam mit der Fachkommission Wirtschaft und Abgaben mit dem Thema **ökologische Steuerreform** befasst, um Erwartungen an ein solches Projekt zu konkretisieren. Die Fachkommission hat auch ihre Position zur Volksinitiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“ formuliert. Für Inputs anwesend waren: Urs Ursprung, Eidg. Steuerverwaltung und Gunter Stephan, Uni Bern.
- Am **12. September 2012** wurde das Thema **Raumplanung** diskutiert im Vorfeld des Referendums zum Raumplanungsgesetz. Die Fachkommission hat sich einen Überblick verschafft über die aktuelle Situation und Strategien diskutiert, wie eine griffige Raumplanungspolitik auf allen Staatsebenen aussieht, welche Massnahmen es braucht und wie eine Abstimmung zu gewinnen ist. Als Fachperson anwesend war Lukas Bühlmann, VLP.
- Die Sitzung vom **28. November 2012** hat sich mit der **Energiewende** und der „Energiesstrategie 2050“ des Bundesrats befasst im Hinblick auf die Parteipositionierung im Rahmen der Vernehmlassung. Insbesondere der Zusammenhang zwischen Raumplanung und dezentraler Energiebereitstellung stand im Zentrum der Debatte. Als Fachperson anwesend war Urs Neu, ProClim
- Die Sitzung vom **12. März 2013** hat sich mit der „**AKW-Blase**“ befasst: Unterkapitalisierung, too big to fail, Staatsgarantie, Intransparenz oder auf Wunschscenarien basierende Renditen waren Stichworte im Rahmen dieser Diskussion. Nach einem Input von Nationalrat Roger Nordmann diskutierte die Kommission die Frage, wie der Ausstieg aus der Atomkraft gerade auch vor dem Hintergrund der ökonomischen Gefahren vorangebracht werden kann.
- Am **11. Juni 2013** diskutierte die Kommission verschiedene Projekte rund um den **Atomausstieg**, u.a. die Parl. Initiative 12.400 „Freigabe der Investitionen in erneuerbare Energien ohne Bestrafung der Grossverbraucher“ als indirekter Gegenvorschlag zur Cleantech-Initiative. Als Fachperson anwesend war Eric Nussbaumer, Präsident UREK-N. Eine weitere Diskussion führte die Kommission zum Thema **Atommüll** und den offenen Fragen zu Verfahren, Raumplanung und Untergrundkonflikten. Als Fachperson anwesend war Martina Munz, Klar! Schweiz.
- Am **26. September 2013** ging es erneut um die **Energiesstrategie 2050**. Die Fachkommission nahm eine Auslegeordnung vor: Welche Massnahmen und welches Vorgehen schlägt der Bundesrat in der Botschaft vor? Wie geht es weiter mit den anstehenden Initiativprojekten (u.a. Ausstiegsinitiative) und welche Prioritäten soll die SP setzen? Als Fachleute anwesend waren Nationalrat Roger Nordmann und Patrick Hofstetter, WWF.
- Am **12. Dezember 2013** standen der **Strommarkt und das Stromabkommen** im Zentrum. In der Fachkommissionssitzung ging es darum, Chancen und Risiken auszuloten, um damit zum Meinungsbildungsprozess der Partei beizutragen. Die Nationalräte Eric Nussbaumer und Roger Nordmann haben mit einem Input aus ihrer jeweiligen Perspektive für eine spannende Ausgangslage für die Diskussion gesorgt.

Präsidentin: Barbara Marty-Kälin

Politische Fachsekretärin: Chantal Gahlinger, chantal.gahlinger@spschweiz.ch

Die Fachkommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur

Die Fachkommission hat sich im Berichtszeitraum an 6 Sitzungen mit folgenden Themen befasst:

- Am **6. März 2012** stand das in Vernehmlassung befindliche **Weiterbildungsgesetz** im Zentrum. Für die SP hat dieses Gesetz aus Gründen der Chancengleichheit zentrale Bedeutung und die Kommission hat Prioritäten im Hinblick auf die Stellungnahme formuliert, nachdem sie Inputs von folgenden Fachleuten angehört hat: Ursula Renold, BBT; Hansruedi Stadler, ExpertInnenkommission Weiterbildungsgesetz und André Schläfli, SVEB.
- Am **4. Dezember 2012** hat sich die Kommission mit der **Stipendienpolitik** befasst. Die Kommission hat sich im Hinblick auf die Vernehmlassung über die Stipendieninitiative, das Stipendienkonkordat sowie den indirekten Gegenvorschlag informieren lassen. Als Fachpersonen anwesend waren: Susanne Hardmeier, EDK; Annina Grob und Thomas Leibundgut, VSS.
- Die Sitzung vom **12. März 2013** befasste sich mit der **Schweizer Filmpolitik**. Schwerpunktmässig ging es um die Frage, wie die gemäss Bundesverfassung vorgesehene Filmförderung das nötige Gewicht erhalten kann, namentlich auch im Hinblick auf die Kulturbotschaft 2016-2019. Eingeladen waren Matthias Aebischer, CinéSuisse; Ivo Kummer, BAK und Philippe Clivaz, Schweizer Filmfestivals.
- Am **11. Juni 2013** ging es erneut um die **Weiterbildung**, nachdem der Bundesrat die Botschaft präsentiert hatte. Ziel der Sitzung war eine kritische Würdigung von Botschaft und Gesetzesentwurf. Folgende Fachleute haben aus ihrer Sicht eine Einschätzung dazu gegeben: Thomas Baumeler, SBFI; Véronique Polito, SGB; Bruno Weber, travail.suisse; André Schläfli, SVEB und Sabine Felder, CRUS.
- Die Sitzung vom **17. September 2013** stand im Zeichen des **Lehrplans21** im Hinblick auf die Parteipositionierung. In der Fachkommission wurden u.a. die Orientierung an Kompetenzen, die fächerübergreifenden Themen sowie die Themen unter der Leitidee Nachhaltige Entwicklung diskutiert. Betont wurde auch, dass das Projekt ohne die entsprechenden Ressourcen nicht erfolgreich sein kann. Inputs erhielt die Kommission von: Matthias Aebischer und Mathias Reynard, Co-Präsidenten AG Volksschule; Susanne Hardmeier, EDK und Olivier Maradan, CIIP.
- Am **3. Dezember 2013** hat sich die Kommission mit der ethisch schwierigen und komplexen Frage der **Präimplantationsdiagnostik** (Änderung Bundesverfassung und Fortpflanzungsmedizinalgesetz) und deren Grenzen befasst. Konkret geht es um den Zugang zur In-Vitro-Fertilisation resp. zur Sterilitätsbehandlung und darum, unter welchen Bedingungen eine solche zulässig sein soll. Als Fachperson anwesend war Thomas Christen, persönlicher Berater des Departementsvorstehers EDI.

Präsidentin (bis September 2013): Josiane Aubert

Präsident (ab Dezember 2013): Mathias Reynard

Politische Fachsekretärin: Chantal Gahlinger, chantal.gahlinger@spschweiz.ch

Fachkommission Migration und Integration

Die Kommission verfügt über einen Fundus von über 100 interessierten Genossinnen und Genossen und über einen Stamm von rund 15 regelmässig teilnehmenden Mitgliedern. Sie behandelte in ihrer Arbeit ausgeglichen Fragestellungen im Themenbereich der Integration sowie der Migration und des Asyls.

In ihrer ersten Sitzung im Jahr 2012 diskutierte die Fachkommission zusammen mit der Fachkommission für Aussenpolitik einen ersten Entwurf für das Migrationspapier der Partei, welches im September 12 am Parteitag in Lugano verabschiedet wurde. Aus der lebhaften Diskussion entstanden viele Anregungen, die für die Folgearbeiten aufgenommen wurden.

In der folgenden Sitzung war Susanne Bolz, damalige Leiterin des Rechtsdienstes der Schweizerischen Flüchtlingshilfe zu Gast und referierte und diskutierte mit den Teilnehmenden zu Fragen des Familiennachzugs und der Aufhebung des Familienasyls im Rahmen der Dringlichkeitsvorlage des Asylgesetzes.

Die geplante Abschaffung des Cabaretttänzerinnenstatuts stand im Zentrum der letzten Sitzung im Jahr 2012 und wurde sehr kontrovers diskutiert. Doro Winkler von der Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration FIZ Zürich, Boiana Krantcheva, Fachreferentin des Bundesamtes für Migration und Peter Rügger, Leiter Kommissariat Ermittlungen Stadtpolizei Zürich stellten ihre z.T. konträren Sichtweisen dar.

Eine erste Sitzung im Jahr 2013 zum Thema Zwangsheiraten musste wegen zu wenigen Anmeldungen leider abgesagt werden. Gut besucht war die anschliessende gemeinsame Sitzung mit der entsprechenden Fachkommission der Grünen Partei zur Neustrukturierung des Asylbereichs. Vor dem Hintergrund der Tessiner Volksabstimmung stand die Themen Burkaverbot und religiöser Zwang im Zentrum der letzten Sitzung Fachkommission im Berichtsjahr.

Copräsidium: Bea Heim und Cesla Amarelle

Politischer Fachsekretär: Carsten Schmidt, carsten.schmidt@spschweiz.ch

Fachkommission Staat und Recht

Die Fachkommission hat ihren regelmässigen Sitzungsturnus aufgrund sehr unregelmässiger und geringer Teilnahme seitens der Mitglieder und Interessierten vorläufig eingestellt. Das Präsidium ist derzeit vakant, das Gefäss bleibt aber bestehen und bietet Interessierten die Möglichkeit gezielt einzelne Themen aus dem Zuständigkeitsbereich der Kommission zu traktandieren.

Ebenfalls wichtig waren die in den Delegationen RK und SPK zu zentralen Themen im Zuständigkeitsbereich der Kommission geführten Diskussionen. Zentrales Thema in der Delegation RK war neben der Verfassungsgerichtsbarkeit auch in der neuen Legislatur die Abzockerei. In der Delegation SPK standen Fragen zum Verhältnis von Völker- und Verfassungsrecht oder beispielsweise den Kompetenzbereich des Bundesrates bei der vorläufigen Anwendung von Staatsverträgen im Zentrum.

Präsidium: vakant

Politischer Fachsekretär: Carsten Schmidt, carsten.schmidt@spschweiz.ch

Fachkommission sexuelle Orientierung und Identität

Die Fachkommission zählt rund 90 Mitglieder mit einem aktiven Kern von rund einem Dutzend sehr engagierten Personen. Die Kommission tagt in der Regel einmal pro Session gelegentlich auch mit externen ReferentInnen.

Im Zentrum des ersten Berichtsjahres standen Diskussionen um mögliche eigene Vorstösse im Bereich Diskriminierungsschutz. Die Fachkommission machte dazu eine Auslegeordnung und diskutierte intensiv über strategische Fragen zur Erreichung ihrer Ziele. Das vom Nationalrat überwiesene [Postulat Naef 12.3543](#) ist Frucht dieser Diskussionen und der Bericht, der daraus resultieren wird, gibt uns dann die Grundlage zur gezielten Einreichung von Vorstössen. Entsprechend verfolgte die Fachkommission die Bestrebungen einer NGO-Plattform zur Einreichung einer Volksinitiative in diesem Bereich mit einer gewissen Skepsis – so klar wie die Zielvorstellungen geteilt werden erscheint es gleichzeitig fraglich, ob die Vorgehensweise zielführend ist.

An mehreren Sitzungen standen wiederum strategische Fragen rund um die Stiefkindadoption resp. die gänzliche Streichung des Adoptionsverbot im Zentrum der Diskussionen. Dass zumindest die Stiefkindadoption für gleichgeschlechtliche Paare in eingetragenen Partnerschaften jetzt in die Vernehmlassungsvorlage des Bundesrates Eingang gefunden hat, ist sicherlich ein Meilenstein. Sehr hilfreich war in diesem und anderem Zusammenhang auch die intensive Zusammenarbeit mit den Organisationen der direkt Betroffenen wie Pink Cross, Los, dem Verein Regenbogenfamilien und anderen.

In der ersten Sitzung im Jahr 2013 stellte uns Petrik Thomann den Verein Pink Cop vor, welcher die Interessen von LGBT-Mitglieder von Polizeikorps vertritt und bereits über 140 Mitglieder hat. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Beurteilung des Lehrplanes 21 und die Anreicherung der Vernehmlassungsantwort der SP Schweiz mit LGBT-Anliegen.

In den folgenden Sitzungen rückte die CVP Volksinitiative gegen die Heiratsstrafe ins Zentrum der Diskussion. Auch hier nahmen strategische Fragen zur Verhinderung der Annahme der diskriminierenden Initiative viel Platz ein. Gleichzeitig führte die Fachkommission aber eine intensive inhaltliche Diskussion zur Frage der Wünschbarkeit der Eheöffnung für alle. Diese wurde am Schluss klar bejaht – ein Resultat, das auch in der offiziellen Kommunikation der Partei zu diesem Thema seither immer wieder Eingang findet.

Copräsidium Margret Kiener Nellen und Alan David Sangines
Politischer Fachsekretär: Carsten Schmidt, carsten.schmidt@spschweiz.ch

Fachkommission Wirtschaft und Finanzen

Die vierteljährlichen Treffen der wirtschafts- und finanzpolitischen Fachkommission bringen regelmässig ExpertInnen aus der Privatwirtschaft, Verwaltung wie auch der Wissenschaft mit den Wirtschafts- und FinanzpolitikerInnen der Partei und Fraktion zusammen.

Mehrfach stand in den beiden Berichtsjahren die Finanzkrise bzw. die Zukunft des Finanzplatzes im Zentrum der Arbeit der Fachkommission. Insbesondere im Dezember 2012 widmete sich die Fachkommission mit verschiedenen Gästen aus der Finanzbranche (Renate Schwob, Bankiervereinigung, Andreas Albrecht, Basler Kantonalbank, Steve Hottiger, UBS) sowie einem Vertreter des Eidg. Finanzdepartements (Daniel Roth) der Frage der Weissgeldstrategie und der möglichen Kontrollinstrumente für die Umsetzung eines steuerkonformen Finanzplatzes. Die Lehren aus der Krise für die Finanzmarktregulierung war wiederum Thema der Sitzung im Dezember 2013 mit Vertretern der Basellandschaftlichen sowie der Zürcher Kantonalbank sowie als weiteren Gästen Maurice Pedergnana (Fachhochschule Luzern), Oliver Fahrni (Initiativgruppe Pardini/Trepp) sowie Werner Kallenberger (Vollgeldinitiative).

Im Nachgang zur Annahme der Zweitwohnungsinitiative wurde die Sitzung vom September 2013 der Fragestellung „Schweizer Tourismus, quo vadis?“ gewidmet: Schweiz Tourismus-Direktor Jürg Schmid, Seco-Experte Richard Kämpf sowie der Hotelier Peter Bodenmann präsentierten der Fachkommission ihre Visionen für das Tourismusland Schweiz und dabei kam überraschend zum Ausdruck, dass diese gar nicht so weit auseinander liegen.

Ein weiteres Thema, das die Fachkommission im März 2013 zum wiederholten Male beschäftigte, war die Überhitzung des Schweizer Wohnungsmarktes: Dazu wurden Gäste aus Finanzbranche und der Wissenschaft (Claudio Saputelli, Leiter Immobilienanalyse UBS, und Daniel Hornung, Beratungsbüro Infraconsult) sowie NR Jacqueline Badran für ihre Einschätzungen eingeladen. Im März 2014 präsentierten die Autoren der SP-Fraktionsstudie zur geplanten Unternehmenssteuerreform III ihre Erkenntnisse in der Fachkommission und dies bot eine Gelegenheit, die Forderungen der Partei in Hinblick auf die für den Herbst 2014 angekündigten Vernehmlassung zu diskutieren und zu schärfen.

Fachkommission Landwirtschaft

Die agrarpolitische Fachkommission ist zwar eine verhältnismässig kleine Arbeitsgruppe, doch der exklusive Kreis von rund einem Dutzend ExpertInnen, die sich einmal pro Session zu einer Sitzung trifft, ist für den Positionsbezug der Partei und Fraktion in Landwirtschaftsfragen immer wieder entscheidend. Während den Berichtsjahren stand die Arbeit der Fachkommission ganz im Zeichen der Agrarpolitik 2014-2017. An verschiedenen Sitzungen wurde die Arbeit in den parlamentarischen Kommissionen sowie anschliessend in den Räten begleitet und dabei auch immer wieder der Austausch mit der Verwaltung (Bundesamt für Landwirtschaft etc.) bzw. unseren befreundeten Organisationen der Agrarallianz gesucht.

Mehrere Sitzungen widmete die Fachkommission ferner den geplanten bzw. lancierten agrarpolitischen Volksinitiativen des Bauernverbandes, der Grünen sowie von Uniterre. Dabei konnte die Kommission von einer umfassenden Würdigung der verschiedenen Projekte durch Andrea Hämmerle als langjährigen Kenner der Materie setzen.

Seit dem Legislaturwechsel wird die Fachkommission neu von NR Beat Jans präsiert. Zudem ist vorgesehen, dass anlässlich der nächsten Delegiertenversammlung als Co-Präsident Jacques-André Maire gewählt wird. Damit soll auch sichergestellt werden, dass der zuweilen feststellbare „Röstigraben“ in Agrarfragen innerhalb der Partei zumindest etwas verringert werden kann.

*Präsident: Beat Jans, Vize-Präsident: Jacques-André Maire
Politischer Fachsekretär: Stefan Hostettler, stefan.hostettler@spschweiz.ch*

Fachkommission für Aussenpolitik

Auf dem Verteiler der Fachkommission für Aussenpolitik stehen rund 180 Parteimitglieder aus Fraktion, Verwaltung, NGO, Wissenschaft und Basis, die Fachwissen und Interesse an der Europa-, Entwicklungs-, Friedens- und Aussenwirtschaftspolitik mit sich bringen. An den vierteljährlich stattfindenden Sitzungen nehmen je nach Thema in wechselnder Zusammensetzung zwischen 20 und 40 Fachleute und Interessierte teil.

Zu Beginn des ersten Berichtsjahres erarbeitete die Fachkommission eine neue Strategie für Doppelbesteuerungsabkommen mit Schwellen- und Entwicklungsländern, der sich die SP-Fraktion in der Bundesversammlung in der Folge anschloss. Im Frühjahr 2012 berichteten Angehörige der syrischen Diaspora in der Schweiz über die Hintergründe des aufkommenden Bürgerkrieges in Syrien. Die Fachkommission erarbeitete zahlreiche Fragen an die Schweizer Aussenpolitik. Die Fraktion schnürte daraus ein Fragepaket für die Fragestunde im Nationalrat und die Geschäftsleitung eine Resolution „Solidarität mit dem syrischen Volk“ an die Delegiertenversammlung vom März 2012. Im Sommer 2012 erarbeitete die Fachkommission ein ausführliches Papier „Europapolitische Strategie am Wendepunkt: Welche Lösung der institutionellen Frage?“ zuhanden der Fraktion. Im September 2012 ging es um „Agrobusiness und Konflikt: Landgrabbing – eine neue Art der Kolonisation?“, was in parlamentarische Vorstösse einfluss. Im November 2012 informierte sich die Fachkommission über die Post-2015-Entwicklungsagenda der UNO und die Zukunft der Millenniumsentwicklungsziele MDG und der Globalen Nachhaltigkeitsziele SDG. Im Frühjahr 2013 ging es um den Dublin-Schengen-Raum und die Frage, wie der Grundrechtsschutz und die Solidarität gestärkt werden können – dies mit Blick auf eine a.o. Session „Schengen/Dublin“ und Vernehmlassungsvorlagen zum Thema. Im Juni 2013 diskutierte die Fachkommission mit Mitgliedern der internationalen Sektion und Fachleuten die politischen Rechte von AuslandsbürgerInnen und Defizite im Auslandschweizergesetz und im Wahlverfahren in den Auslandschweizerrat. Im September 2013 ging es um die Frage, wie die Europapolitik der Schweiz deblockiert werden könnte und welche konkreten Erwartungen die SP an Verhandlungen über neue institutionelle Vorkehrungen mit der EU knüpft. Auch diese Vorarbeit floss in ein Thesenpapier der Fraktion ein. Im November 2013 ging es angesichts tiefgreifender Reformen im EDA um die Frage, wie die DEZA als eigenständige Entwicklungsagentur erhalten werden kann. Die Ergebnisse dieser Aussprache flossen in die Arbeit in parlamentarische Kommissionen und einen SP-Antrag in der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates ein.

*Präsident: Carlo Sommaruga, Vize-Präsident: Martin Naef
Politischer Fachsekretär: Peter Hug, peter.hug@spschweiz.ch*

Fachkommission für Frieden und Sicherheit

Zu den vierteljährlich stattfindenden Treffen der Fachkommission für Frieden und Sicherheit werden jeweils rund 70 Parteimitglieder aus Fraktion, Verwaltung, Armee, Kantonen, NGO, Wissenschaft und Basis eingeladen, rund ein Dutzend Mitglieder nehmen jeweils teil. Themen waren in der Berichtsperiode die Zukunft des Zivildienstes; die Entwicklung militärabhängiger Arbeitsplätze, die Beschäftigungswirksamkeit von Kriegsmaterialexporten, Inlandbeschaffungen und Offsetgeschäften und die Bedingungen einer erfolgreichen Rüstungskonversion; die Hintergründe und Perspektiven der Mitwirkung von Schweizer Soldaten in der KFOR-Mission im Kosovo sowie der Mission zur Überwachung und des Waffenstillstandes und des Friedensplanes in Syrien; die Bedingungen einer wirksamen Durchsetzung von Nicht-Wiederausfuhrerklärungen in der Kriegsmaterialexportpolitik; ein Lagebericht über den Rechtsextremismus in der Armee, die (wohlklingenden) Ziele der Armee betreffend Diversität, Ethik und innere Führung und deren (ungenügende) Umsetzung; der Stand der Arbeiten an der umfassenden Risikoanalyse und Risikobewertung Schweiz und die Möglichkeiten, diese mit Unterstützung der Akademie der Wissenschaften auf eine breitere und unabhängigere Grundlage zu stellen; die weltweit gehäuft auftretenden Vegetationsbrände und wie die Politik auf diese neuartige globale, auch sicherheitspolitisch relevante Herausforderung reagieren soll; das erschreckende Ausmass der nachrichtendienstlichen Überwachung der Internetkommunikation, die Bedeutung des Internets für die Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft sowie emanzipativ orientierter Bewegungen und die Möglichkeit, die Aufsicht über Nachrichtendienste so auszugestalten, dass die Erwartungen an die Sicherheitsvorsorge mit dem Schutz der Freiheit grösstmöglich im Einklang stehen.

*Präsidentin: Evi Allemann, Vize-Präsident: Paul Günter
Politischer Fachsekretär: Peter Hug, peter.hug@spschweiz.ch*

Bildung in den Jahren 2012 und 2013

2012 war ein von Aufbauarbeit geprägtes Jahr: Mit einem Leitbild und einem darauf basierenden Bildungskonzept wurde ein neuer konzeptioneller Rahmen für die parteiinterne Bildung geschaffen. Diese konnte nicht zuletzt dank der eingesetzten Begleitgruppe deutlich gestärkt werden. Die Gruppe trifft sich fünf Mal pro Jahr und setzt sich aus Vertretungen der Kantonalparteien, der SP-Organe sowie interessierten Fachpersonen zusammen. Sie bestimmt massgeblich, welche Projekte realisiert werden, begleitet den Ausbau der Bildungsarbeit und stellt so sicher, dass wir uns dem statutarischen Ziel, 10% des Parteibudgets für Bildung einzusetzen, sukzessive annähern. Für die Umsetzung stehen in der Abteilung «Kampagnen und Kommunikation» auf dem Zentralsekretariat insgesamt 40 Stellenprozente zur Verfügung.

Gegen Ende 2012 hat die Begleitgruppe mit der Umsetzung konkreter Projekte begonnen. So konnte ein erstes Basisbildungsmodul erarbeitet und 2013 – im Vorfeld der Volksabstimmung über die 1:12-Initiative – den Sektionen und Kantonalparteien angeboten werden. Das Konzept, dass sogenannte Coaches (die im Vorfeld eigens ausgebildet werden) in interessierten Sektionen ein wahlweise 45- oder 90-minütiges Modul präsentieren, fand bei den Sektionen Anklang. Insgesamt wurden zwischen April und September 2013 rund 150 derartige Veranstaltungen durchgeführt. Die Rückmeldungen waren durchwegs positiv. Insbesondere die Präsentation auf Augenhöhe und der geringe organisatorische Aufwand für die Sektionen werden geschätzt. Deshalb hat die Begleitgruppe noch 2013 damit begonnen, zwei weitere Module – zur öffentlichen Krankenkasse und zur Steuerpolitik – zu erarbeiten. Diese sollen 2014 und 2015 angeboten werden.

Die Planung einer Ausbildung für Mitarbeitende der kantonalen Parteisekretariate (FunktionärInnen-Schulung) hat die Begleitgruppe noch 2013 an die Hand genommen. Dieses Angebot wird 2014 mit zwei zweitägigen Modulen stattfinden und soll nicht zuletzt eine gute Basis für eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen der SP Schweiz und den Kantonalparteien im Wahljahr 2015 bilden.

Das Nachwuchsförderungsprogramm «Junge Perspektiven» war auch 2012 und 2013 ein voller Erfolg. Wiederum erhielt pro Jahr eine Gruppe von 20 Nachwuchstalenten an jeweils sieben Anlässen die Möglichkeit, sich durch Profis in der Kampagnenführung, im Schreiben und in Medienarbeit schulen zu lassen. Die Vernetzung untereinander und der Kontakt zu den eidgenössischen SP-ParlamentarierInnen sind ebenfalls wichtige Zielsetzungen.

Ausserdem fanden in Zusammenarbeit mit der JUSO zwei nationale ParlamentarierInnen-Treffen statt. Im Zentrum dieser Tagungen, die sich an alle kommunalen und kantonalen SP- und JUSO-ParlamentarierInnen richteten, standen jeweils aktuelle politische Fragestellungen.

Die Vertreterinnen und Vertreter der Kantonal- und Stadtparteien trafen sich an sechs Koordinationskonferenzen. Diese finden jeweils am Vortag der Delegiertenversammlungen der SP Schweiz statt und dienen der optimalen Vernetzung mit der SP Schweiz sowie der Koordination der Aktivitäten im Rahmen von Abstimmungs- und Wahlkampagnen.

Mitgliederstatistik

Mitgliederbestände seit 1992

Kanton	1992	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	+/- in %	2011	+/- in %	2012	+/- in %	2013	+/- in %	2014	+/- in %
Aargau	2979	3138	2854	2543	2508	2451	2329	2345	2310	-1.5%	2247	-2.7%	2212	-1.6%	2179	-1.5%	2152	-1.2%
Appenzell IR													0		17		20	17.6%
Appenzell AR	142	170	159	214	225	226	225	231	226	-2.2%	233	3.1%	233	0.0%	222	-4.7%	213	-4.1%
Baselland	1251	1550	1459	1423	1364	1384	1381	1372	1338	-2.5%	1294	-3.3%	1292	-0.2%	1268	-1.9%	1230	-3.0%
Basel Stadt	947	947	936	908	872	821	835	833	744	-10.7%	848	14.0%	812	-4.2%	789	-2.8%	764	-3.2%
Bern	10771	10580	9148	8285	8234	7930	7657	7394	7217	-2.4%	7034	-2.5%	6980	-0.8%	6783	-2.8%	6499	-4.2%
Fribourg	685	814	963	744	774	833	854	861	782	-9.2%	851	8.8%	923	8.5%	973	5.4%	882	-9.4%
Genève	770	799	855	767	814	849	907	598	790	32.1%	825	4.4%	873	5.8%	949	8.7%	962	1.4%
Glarus	222	221	222	216	215	214	208	202	184	-8.9%	177	-3.8%	172	-2.8%	166	-3.5%	169	1.8%
Graubünden	542	586	568	600	600	620	588	598	611	2.2%	617	1.0%	617	0.0%	606	-1.8%	602	-0.7%
Jura	395	611	514	486	494	494	484	484	496	2.5%	488	-1.6%	485	-0.6%	482	-0.6%	486	0.8%
Luzern	774	842	855	831	833	787	808	814	766	-5.9%	761	-0.7%	779	2.4%	770	-1.2%	766	-0.5%
Neuchâtel	956	1071	964	970	928	954	949	1044	950	-9.0%	961	1.2%	934	-2.8%	943	1.0%	915	-3.0%
Nidwalden	34	24	51	41	36	36	39	42	41	-2.4%	38	-7.3%	38	0.0%	38	0.0%	38	0.0%
Oberwallis	0	166	245	253	239	216	213	215	182	-15.3%	179	-1.6%	180	0.6%	184	2.2%	189	2.7%
Obwalden	0	0	109	152	149	146	141	139	129	-7.2%	145	12.4%	144	-0.7%	142	-1.4%	129	-9.2%
Schaffhausen	875	824	699	650	644	636	628	600	577	-3.8%	547	-5.2%	531	-2.9%	517	-2.6%	507	-1.9%
Schwyz	348	412	397	445	441	439	421	445	434	-2.5%	418	-3.7%	434	3.8%	455	4.8%	452	-0.7%
Solothurn	2809	3011	2744	2446	2460	2432	2380	2327	2182	-6.2%	2115	-3.1%	2073	-2.0%	2026	-2.3%	1971	-2.7%
St. Gallen	1522	1609	1633	1631	1600	1613	1572	1502	1440	-4.1%	1412	-1.9%	1403	-0.6%	1429	1.9%	1388	-2.9%
Tessin	1487	1474	1694	1455	1443	1446	1436	1432	1247	-12.9%	1298	4.1%	1275	-1.8%	1195	-6.3%	1163	-2.7%
Thurgau	765	858	785	743	721	724	742	718	693	-3.5%	702	1.3%	669	-4.7%	702	4.9%	681	-3.0%
Uri	189	190	187	184	182	178	178	181	177	-2.2%	178	0.6%	182	2.2%	184	1.1%	184	0.0%
Valais romand	513	576	576	594	601	547	554	561	565	0.7%	488	-13.6%	487	-0.2%	484	-0.6%	514	6.2%
Vaud	1960	2107	1980	1700	1813	1855	1912	2000	1952	-2.4%	2053	5.2%	2103	2.4%	2037	-3.1%	2015	-1.1%
Zug	250	271	240	244	244	240	244	227	211	-7.0%	209	-0.9%	207	-1.0%	201	-2.9%	209	4.0%
Zürich	5682	6159	5830	5661	5457	5274	5179	5189	5144	-0.9%	5108	-0.7%	4996	-2.2%	4871	-2.5%	4815	-1.1%
SP International																	74	
SP Schweiz																	45	
Schweiz	36868	39010	36667	34186	33891	33345	32864	32354	31388	-3.0%	31226	-0.5%	31034	-0.6%	30612	-1.4%	30034	-1.9%

Kommentar zur Mitgliederstatistik

In den letzten 20 Jahren hat die SP Schweiz fast 6000 Mitglieder verloren; das sind rund 16 Prozent des Bestandes. Rückläufige Mitgliederzahlen sind ein gesamtschweizerisches und europäisches Phänomen. Von einigen Ausnahmen (wie z.B. der JUSO Schweiz abgesehen) verlieren alle Parteien in Westeuropa seit Jahren Mitglieder – die Parteibindung geht zurück. Für die SP Schweiz hat die Entwicklung jedoch schwerwiegende Folgen: Wir brauchen genügend Mitglieder für unsere Aktionen und Projekte sowie für die Mitarbeit in den Gremien. Wir sind auch finanziell auf sie angewiesen, weil die Mitgliederbeiträge einen beachtlichen Teil unseres Budgets ausmachen. Mitgliederwerbung und Mitgliederbindung sind deshalb eine Daueraufgabe.

Wie fast in jedem Jahr haben einige Kantonalparteien wie z.B. die SP Kanton Fribourg ihre Mitgliederdatenbank bereinigt. Die Differenz gegenüber dem Vorjahr ist auf diese Bereinigung zurückzuführen.